

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG MITTWOCH, 18.08.2010 60:25:51 NR. 158 / PREIS 2,10 €

Konjunktur: Das Ifo-Institut präsentiert den Weltwirtschaftsklimaindikator für das dritte Quartal

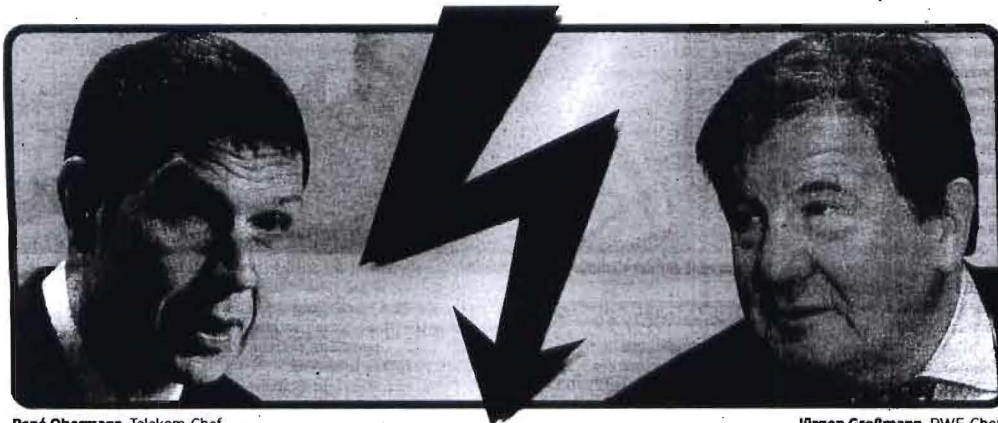
Moeller-Maersk: Quartalszahlen geben Hinweise, ob der Aufschwung in der Schifffahrt hält

H

INTELLIGENTE NETZE

Kampf der Giganten

Energieversorger und Telekommunikationskonzerne werden zu Konkurrenten in einem neuen, milliarden schweren Markt: Intelligente Netze - Smart Grids genannt - sollen das Internet mit der Stromversorgung verbinden. Die Telekom will profitieren - RWE & Co. auch.



René Obermann, Telekom-Chef

Jürgen Großmann, RWE-Chef

Inter dem schlichten Satz verbirgt sich eine Kampfansage. „Der Zukunftsmarkt Energie ist ein wichtiger Teil der neuen Strategie der Deutschen Telekom“, sagt Vorstandsmitglied Reinhard Clemens dem Handelsblatt.

Mit anderen Worten: Die Telekom will Stromrechnungen erstellen und neue, intelligente Stromzähler nicht nur an das Stromnetz, sondern auch an das Internet und Elektrogeräte anbinden. Die Zähler schalten Haushaltsgeräte dann ein, wenn der sich im Laufe eines Tages ständig verändernde Strompreis gerade günstig ist. Der Strom kommt weiter von Energieversorger, die Telekom managt den Verbrauch.

Damit drängt der Bonner Konzern machtvoll in das Kerngeschäft der Energieversorger - und begibt sich in Konkurrenz zu RWE, Eon, EnBW und Vattenfall. Die intelligente Vernetzung von Strom, Internet und Haushalten, die sogenannten Smart Grids, ist laut Clemens „ein Milliardenmarkt“, dessen Volumen „das Internet um ein Vielfaches übersteigen“ wird.

Die Unternehmensberatung Arthur D. Little erwartet für 2014 ein weltweites Umsatzvolumen mit Hilfe von Smart Grids über 42 Milliarden Dollar. Dies wäre ein enormes Volumen, das Begehrlichkeiten weckt und Konkurrenz schürt. Von einer Partnerschaft mit den Energiekonzernen, von der die Telekom offiziell spricht, kann keine Rede sein. Im Gegenteil. Die beiden Branchen liefern sich einen Wettlauf um die Marktführerschaft in diesem neuen Geschäftsfeld, das auch dem Mittelstand große Einsparpotenziale bietet.

Die Stromkonzerne sind alarmiert: „Wir nehmen das Engagement der Telekomkonzerne ernst“, sagt Arndt Neuhaus, Vorstandschef der RWE Rheinland-Westfalen Netz AG, der bei dem Essener Konzern das Zukunftsgeschäft verantwortet.

Für Telekom-Chef René Obermann kommt der Vorstoß in die Gefilde von RWE-Chef Jürgen Großmann fast schon einer betrieblichen Notwendigkeit gleich. Schrumpft doch das Kerngeschäft der Telekom hierzulande seit Jahren.

Kein Wunder also, dass sich die Aktivitäten der Telekomanbieter im neuen Geschäftsfeld längst nicht nur auf den Markt der intelligenten Netze beschränken. So bietet die ungarische Tochter der Telekom bereits Strom an. Die Ungarn kooperieren dabei zwar mit Eon. Doch das muss nicht so bleiben. Denn kaum etwas ist seit der Liberalisierung der Energiemärkte leichter, als selbst Strom zu verkaufen. Die Telekomunternehmen könnten sich, wie zahlreiche Billigstromanbieter auch, an der Strombörse mit Kilowattstunden eindecken. Die alteingesessenen Konzerne müssen jedermann ihre Leitungen zur Verfügung stellen.

Der Vorteil der Kommunikationsanbieter: Sie verfügen über ein eigenes Kunden- und Vertriebsnetz. So bietet der Mobilfunkanbieter Freenet seit Mai bereits Stromlieferverträge. Vorstandschef Christoph Vilanek sagt: „Um die teuren Innenstadtfilialen zu finanzieren, reicht das Mobilfunkgeschäft allein nicht mehr aus.“

Jürgen Flauger, Sandra Louven

Fortsetzung und Schwerpunkt Seiten 4, 5

ERNÄHRUNG
Ägypten und andere Länder kämpfen gegen die Nahrungskrise
Seiten 16, 17

AKTIEN
Der IWF kritisiert das deutsche Verbot von Leerverkäufen scharf
Seiten 3, 7, 10

ÜBERNAHME
Der Bergbaukonzern BHP Billiton bietet 39 Mrd. Dollar für Kalt-Marktführer
Seiten 1, 24

OPEL
Der Autokonzern drückt beim Umbau aufs Tempo
Seiten 3, 8, 22

DOW JONES	DAX	IBEX
10441,88 +1,50%	6296,40 +1,27%	12800,4 +0,47%
EU-STOXX 50	IBEX 35	BVL
2731,48 +1,46%	12800,4 +1,27%	1225,99 +0,06%

Business-Klasse
meldet sich zurück



Jetzt spricht der Weltbankier

Der 95-jährige David Rockefeller glaubt nicht, dass die Finanzkrise schon ausgestanden ist.

Wer kennt ihn nicht, diesen Namen - Rockefeller. Er steht für die Vereinigten Staaten von Amerika; er steht für Tellerwäscher, die zu Millionen werden, für Reichtum und Macht. „Bin ich Rockefeller?“ fragen wir heute, um unserem Gegenüber zu bedeuten, dass unser Portemonnaie eigentlich leer ist - ganz im Gegensatz zum Geldbeutel der Rockefellers.

David ist einer der bekanntesten Sprösslinge der Familie. Sein Großvater war der



David Rockefeller

legendäre John D. Rockefeller, der Ölmagnat, auf dessen Unternehmenseinstellung der Familienreichtum gründet.

Anders als der Großvater hatte David Rockefeller nichts mit dem Ölgeschäft zu schaffen, wollte selbst Karriere machen - und wurde Banker. Zwischen 1960 und 1981 stand er an der Spitze von Chase Manhattan; in seiner Funktion als Bankchef verhandelte er mit den mächtigsten und gefährlichsten Männern der Welt. Mit Nikita Chruschtschow, Augusto Pinochet oder

Saddam Hussein. Heute wird David Rockefeller aufgrund seines Einflusses auch der Weltbankier genannt.

Im Interview mit dem Handelsblatt sagt er, dass nicht allein die Banker schuld waren am Ausbruch der Finanzkrise. Sie hätten mächtige Helfer gehabt. Ob die Krise mit dem Aufschwung der vergangenen Monate ausgestanden sei? „Ich bin mir nicht sicher“, sagt Rockefeller.

95 Jahre ist er mittlerweile alt, hat viele kleine und große Krisen überstanden. Der Weltbankier weiß, wovon er spricht.

Thorsten Giersch, Christian Panster

Interview Seiten 34, 35

ANZEIGE

„Gut gemachte Kundenzeitschriften werden gern gelesen. So einfach ist das.“

Chancen

GRÜNES GEWISSEN

corps. Corporate Publishing Services GmbH
Hulger Lowe | 0211 54 227 600 | www.corps-verlag.de



Handelsblatt

Kampf der Giganten

Fortsetzung von Seite 1

Die beiden Branchen rüsten sich also für ein Milliardengeschäft: „Die Internationale Energieagentur rechnet bis 2030 sogar weltweit mit Investitionen von mehreren Billionen Dollar in Energieerzeugung, Verbrauchsmanagement und die Modernisierung der Stromnetze“, sagt Telekomvorstand Reinhard Clemens, der als Chef der Telekom-Großkundensparte T-Systems den Vorstoß in den Energiemarkt verantwortet.

Hintergrund ist der weltweit rasante Ausbau der erneuerbaren Energien. Strom wird heute nicht mehr nur von den Energiekonzernen mit ihren Atom-, Kohle- oder Gaskraftwerken produziert, sondern auch von Windparkbetreibern und Millionen privaten Haushalten, die mit Solaranlagen auf den Dächern Strom ins Netz einspeisen. Das Angebot von alternativen Energien aber ist schwer zu prognostizieren und schwankt je nach Wetterlage stark. Es wird deshalb immer schwieriger für die Netzbetreiber, diese Schwankungen im Angebot abzufedern. Helfen soll dabei eine intelligente Netzsteuerung.

Der Zähler setzt die Kühltruhe in Gang

Energie- wie Telekommunikationsunternehmen verfolgen dabei die gleiche Vision: Im Jahr 2020 werden bundesweit intelligente Zähler in allen Kellern hängen. Der Zähler übermittelt dem Netzbetreiber permanent, wie viel Strom der Haushalt gerade verbraucht und wie viel Strom die Solaranlage auf dem Dach ins Netz einspeist. Er steuert aber auch einzelne Geräte, die nicht ständig auf Strom angewiesen sind, wozu - was viele Verbraucher nicht wissen - beispielsweise Kühltruhen gehören. Denn die können, wenn der Strompreis hoch ist, auch mal eine Stunde nicht laufen, ohne das die Temperatur nennenswert steigt. Und die Wäsche wird gewaschen, wenn das Stromangebot groß und der Preis deshalb günstig ist. Der Versorger wiederum kann dank der Daten, die er aus Millionen Haushalten erhält, seine Kraftwerke besser steuern.

Die Telekom testet in Friedrichshafen am Bodensee in einem Modellprojekt bereits die Möglichkeiten der intelligenten Zähler. RWE stattet in Mülheim an der Ruhr bis Ende 2011

rund 100 000 Haushalte mit neuen Stromzählern aus und investiert dafür 30 Mio. Euro. Aber wer wird letztlich am Geschäft mit Smart Grids verdienen? Die Telekomkonzerne wollen einen großen Teil des Kuchens. Datentransfer, das Management großer Volumina, wie sie bei der Kommunikation zwischen Stromanbietern und Haushalten anfallen - das ist ihr Kerngeschäft.

Für die Telekom ergibt sich mit den Smart Grids eine willkommene Chance. Sie kämpft gegen sinkende Umsätze und Gewinne. Um wieder zu wachsen, will Vorstandschef René Obermann in neue Geschäftsfelder vorstoßen. Im März hat er fünf Wachstumfelder definiert, auf denen er den Umsatz in den kommenden fünf Jahren auf rund 30 Mrd. Euro verdoppeln will. Der Strommarkt gehört zu einem dieser fünf Bereiche. Er will die Stromzähler installieren, die Verbrauchsdaten auswerten und die Rechnungen erstellen. „Wer pro Monat 40 Millionen Telekommunikationsrechnungen verschickt, kann auch für 40 Millionen Haushalte die Stromrechnung erstellen“, argumentiert T-Systems-Chef Clemens.

Die Stromrechnung? Das Mess- und Abrechnungswesen ist bisher ureigenstes Terrain der Energieversorger. Natürlich würden die Telekom das Feld gerne beackern, sagt RWE-Manager Arndt Neuhaus. „Aber da sehen wir uns im Vorteil.“ Für Stromrechnungen sei viel Know-how nötig. Ständig änderten sich die politischen Vorgaben - etwa die für die Förderung der erneuerbaren Energien. „Viele stellen sich das einfacher vor als es ist.“

Beide Parteien geben sich nach außen hin gelassen. „Es entwickelt sich ein hoch spannender Markt, in dem sich eben Unternehmen aus unterschiedlichsten Märkten tummeln werden“, sagt Neuhaus von RWE. Für die Datenetze seien die Telekomkonzerne natürlich ein geborener Partner. „Wir wollen keinen Strom verkaufen“, beteuert T-Systems-Chef Clemens, „wir wollen zum besten Partner der Energiewirtschaft werden.“

Aber die Grenzen sind schon klar gezogen: „Wenn es darum geht, wer die Messeinrichtung kontrolliert, den intelligenten Zähler, werden wir zu Konkurrenten“, weist RWE-Manager Neuhaus die Eindringlinge zurück.

Hart dürfte der Wettbewerb der großen Versorger Eon, RWE, EnBW und Vattenfall mit den Telekom um die rund 800 Stadtwerke werden. Auch die benötigten intelligenten Netze und Zähler. Die teuren Investitionen werden sie kaum alleine stemmen können. Aber wer hilft ihnen? Den großen Energiekonzernen stehen sie traditionell kritisch gegenüber, Unabhängigkeit ist vielen Bürgermeistern wichtig. Die Telekommunikationsfirmen wären da eine willkommene Alternative. In Friedrichshafen arbeitet die Telekom mit den Technischen Werken zusammen, einem Unternehmen das stolz auf seine Eigenständigkeit ist.

Natürlich würden Telekommunikationsfirmen versuchen mit Stadtwerken ins Geschäft zu kommen, sagt Neuhaus. Aber auch hier gibt er sich selbstbewusst. „Das Einsammeln der Daten ist das eine, was man daraus macht, die Netzsteuerung, das andere.“

So leicht lässt sich die Telekom freilich nicht abwickeln. Der Bonner Konzern könnte mit dem Vorstoß auf den Energiemarkt ein drängendes Problem lösen: Er beschäftigt zahlreiche Techniker, die demnächst nicht mehr gebraucht werden, weil sich die neuen Telekommunikationsnetze zunehmend vom PC aus steuern und reparieren lassen. Anstatt sich mit hohen Abfindungen von diesen Leuten zu trennen, könnte die Telekom sie für die Installation von intelligenten Zählern einsetzen.

Und mit dem Datenmanagement oder Stromabrechnung muss für die Telekommunikationsfirmen längst nicht Schluss sein. Neuland betreten beide Branchen beim Thema „Smart Home“, also der Hausautomatisierung: Dazu zählen die Anwendungen, die im Haushalt vom Stromzähler gesteuert werden können. Neben Waschmaschinen könnten beispielsweise auch Spülmaschinen, Trock-

ner und Elektroautos automatisch dann Strom bekommen, wenn die Nachfrage ansonst gering und die Preise niedrig sind. In der neuen Haustechnik kann der Verbraucher aber auch über sein Mobiltelefon die Rolläden aus dem Urlaub steuern oder bekommt eine Warnung geschickt, wenn es einen Wasserschaden gibt.

Das Gebiet wollen die Versorger selbst besetzen. Allein RWE beschäftigt knapp 100 Mitarbeiter, die an entsprechenden Produkten forschen. Im Herbst kommt ein erstes Gerät auf den Markt, mit dem Verbraucher ihre Heizung intelligent steuern können.

Selbst Google und Microsoft mischen mit

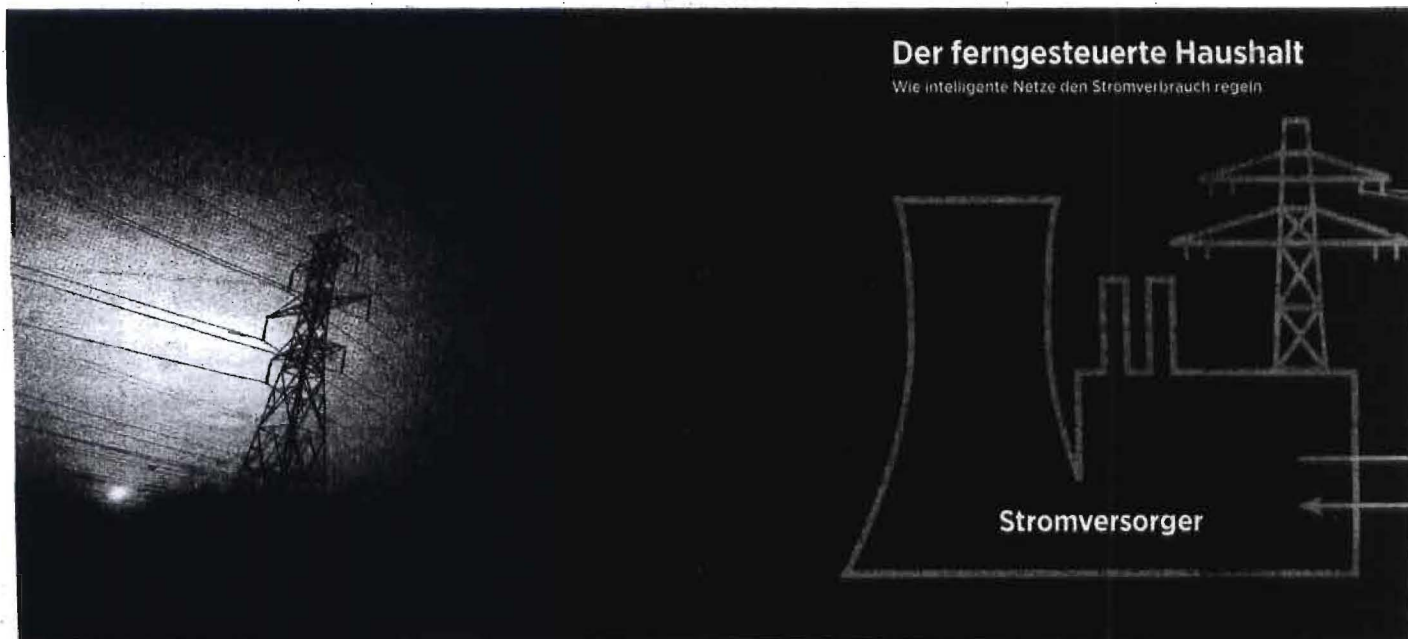
Das Thema lockt aber auch Wettbewerber aus der Kommunikations- und IT-Branche. Google hat den Powermeter entwickelt, mit dem Kunden von unterwegs per Internet ihren Stromverbrauch kontrollieren können. Selbst Microsoft macht mit der Online-Plattform Hohm erste Gehversuche.

Und selbstverständlich ergeben sich für die Telekomfirmen große Chancen. „Es wird neue Anwendungen geben, die einen massiven Einsatz von Kommunikation brauchen - und das ist eben die Kernkompetenz der Telekommunikationskonzerne“, sagt Energieexperte Matthias von Bechtolsheim von Arthur D. Little. Er weiß aus Gesprächen mit Telekomfirmen, dass diese ernsthaft in diese Richtung denken. Dabei gibt es keine Denkvote: Sie könnten nach von Bechtolsheims Worten sogar „selbst Energie-Know-how aufbauen und mit Strom handeln.“

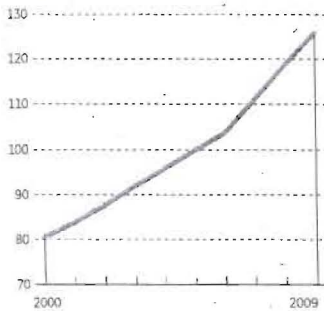
Die Deutsche Telekom fühlt sich für den anstehenden Verteilungskampf auf dem Energiemarkt jedenfalls gut gerüstet. „Der Strommarkt sieht sich Herausforderungen gegenüber, wie sie die Telekommunikation in den neunziger Jahren gemeistert hat: Liberalisierung und die unterschiedlichsten Tarifmodelle hatten in kürzester Zeit 5000 Telefonnetze hervorgebracht“, sagt Clemens.

Die Branche habe einen großen Vorteil, pflichtet Berater von Bechtolsheim bei: „Sie hat schon einmal erlebt, wie ein tradiertes, Geschäft aufgebrochen wird“, sagt er, „die Versorger erleben das zum ersten Mal.“

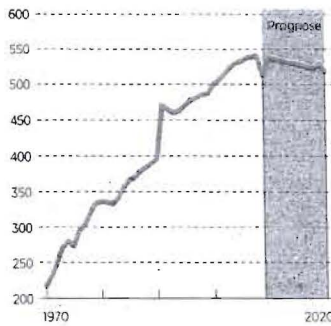
Sandra Louven, Jürgen Flauger



Strompreis
Verbraucherpreisindex privater Haushalt
(Basis: 2005 = 100)



Stromverbrauch
Nettoverbrauch in Mrd. kWh



Branchen im Wandel: Neue Allianzen, neue Konkurrenten

Katrin Terpitz
Düsseldorf

Wie kann unser Unternehmen wachsen? Diese Kernfrage stellen sich alle Strategen. Die meisten Firmen stehen vor dem Problem gesättigter Märkte. Für sie es nur schwer möglich und meist extrem kostspielig, neue Kunden zu gewinnen. Was liegt also näher, als mit den angestammten Kunden neue Geschäfte zu machen?

„Cross-Selling“ lautet das Zauberwort in immer mehr Branchen. Das Autohaus, das Kredite anbietet, der Kaffeeröster, der Aktionsware verkauft, die Tankstelle, die zum Supermarkt mutiert. „Ein Geschäftsfeld ist längst nicht mehr alleiniges Revier für die jeweilige Branche. Immer mehr Branchenfremde versuchen, in Märkte vorzudringen“, beobachtet Frank Zurlino, Leiter der Strategieberatung von IBM Deutschland.

Das Musterbeispiel für cleveres Cross-Selling ist Amazon. Als Online-Versender von Büchern hatte das Unternehmen vor 15 Jahren angefangen. Längst spielen die Nebengeschäfte den Löwenanteil des Umsatzes ein. Der Web-Händler vertreibt heute Hausgeräte, Spielzeug, Möbel - und jetzt auch frische Lebensmittel. Was weniger bekannt ist: Amazon ist auch Weltmarktführer bei der Bereitstellung

sagt Lechner: „Rund 80 Prozent der M&A scheitern. Das belegen empirische Studien.“ Allzu oft endet eine „Hochzeit im Himmel“ wie zwischen Daimler und Chrysler in der kostspieligen Trennung. Deshalb besinnen sich Manager zunehmend auf lockere Zweckgemeinschaften. Zurlino: „Die Bereitschaft zu branchenübergreifenden Partnerschaften nimmt immer mehr zu. Die Vernetzung beschleunigt sich. Ohne die kann heute kein Unternehmen mehr überleben.“

So hat 2008 die Zahl der weltweiten Firmenallianzen erstmals die Zahl der Fusionen und Übernahmen überholt. Lechner: „Gab es etwa in der Autoindustrie vor etwa 15 Jahren nur wenige Allianzen, sind es heute global etwa 600.“ Automanager, die den technologischen Umbruch verschlafen haben, verbünden sich nun mit branchenfremden Know-how-Gebern. Beispiel Batterien für Elektroautos: Daimler und der Industriekonzern Evonik entwickeln solche im Joint Venture Li-Tec. Damit machen sie dem Zulieferer Bosch Konkurrenz, der sich mit dem Elektronikkonzern Samsung zusammengetan hat.

50 %
der Allianzen von Unternehmen scheitern. Bei Fusionen und Übernahmen sind es 80 Prozent.

Quelle: Uni St.Gallen

Stromversorger RWE schwingt sich gar zum Rundumbieter von Elektroautos auf. In Angebot: Autos auf Fiat-Basis, Ladestellen und Autostrom-Verträge. Dabei kooperiert RWE mit einem Fiathändlernetz und Elektroautobauer MicroVet. Damit tritt der Energiekonzern in Konkurrenz zu klassischen Autobauern wie Daimler mit dem E-Smart. Zurlino betont: „Im immer härteren Wettbewerb ist die Firma im Vorteil, die eine nahtlose Rundumlösung anbieten kann.“

Andere Branchen nutzen die Vorteile eines großen Netzes. Beispiel Android: Das Betriebssystem für Mobilgeräte wurde von der Open Handset Alliance, einem Konsortium von 65 Firmen diverser Branchen, entwickelt. Die Allianz ist schon erfolgreich. Im zweiten Quartal wurden erstmals mehr Google-Geräte mit Betriebssystem Android als iPhones von Apple ausgeliefert.

Allerdings: Längst nicht jede Partnerschaft ist von Erfolg gekrönt. „Jede zweite Unternehmensallianz scheitert“, sagt Lechner.

Hausgeräte: Miele setzt auf Waschmaschine mit Köpfchen

Wolfgang Gillmann
Düsseldorf

Als erster Hersteller präsentiert Miele auf der Funkausstellung in Berlin Anfang September Hausgeräte, die intelligente Stromsysteme nutzen können. Das Güterloher Unternehmen wird eine Waschmaschine und einen Trockner vorstellen, die im April nächsten Jahres in den Handel kommen sollen. Im Sommer, so ein Unternehmenssprecher, soll ein Geschirrspüler folgen. Auch andere Anbieter von Hausgeräten arbeiten an der Nutzung intelligenter Stromsysteme, zögern aber mit der Markteinführung.

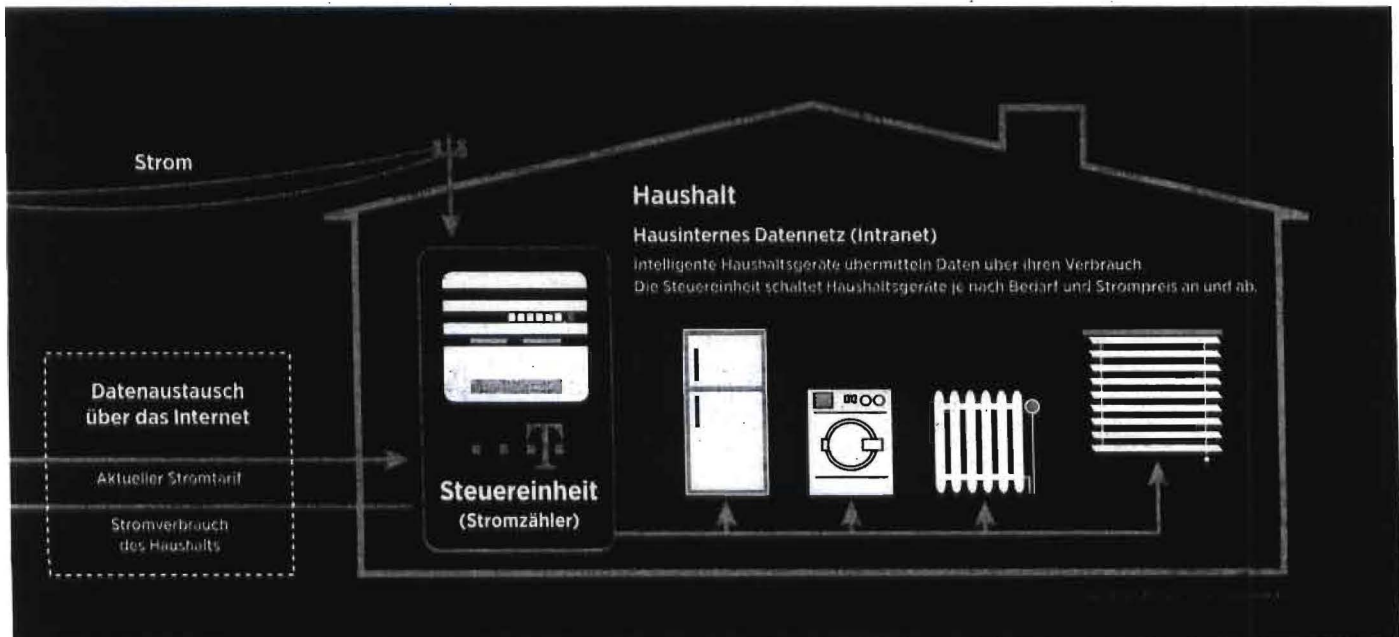
Die neuen Geräte ermöglichen es den Haushalten, günstige Stromtarife zu ausgewählten Zeiten zu nutzen. Die Geräte können über Datenaustausch mit anderen Hausgeräten oder direkt mit dem Energieversorger verbunden werden. Miele wirbt für die Geräte mit dem Hinweis, dass diese automatisch den jeweils günstigsten Stromtarif verwenden.

Voraussetzung für die Nutzung dieser neuen Geräte sind intelligente Stromnetze der Versorger und im Haus installierte intelligente Stromzähler, sogenannte Smart Meter. Diese digitalen Stromzähler sind bereits seit Jahresanfang für Neubauten Pflicht und auch bei umfangreichen Renovierungen vorge-

schrieben. Damit kann der Verbraucher künftig auf seiner Stromrechnung ablesen, wann er wie viel Strom zu welchem Tarif verbraucht hat. Die neuen intelligenten Hausgeräte kann der Verbraucher so programmieren, dass sie automatisch zum niedrigsten Stromtarif starten. Schon bisher konnten Haushalte neben dem normalen Stromtarif billigeren Nachtstrom nutzen. Dafür brauchten sie allerdings einen zweiten Stromzähler und extra Stromleitungen.

Entscheidend für den Markterfolg der sogenannten smart-grid-fähigen Hausgeräte wird sein, wie günstig künftig die Stromtarife der Versorger zu unterschiedlichen Zeiten sein werden. Miele setzt auf einen verschärften Wettbewerb, der den Preisdruck erhöht. Ein Miele-Sprecher errechnete eine Einsparung von rund 30 Euro pro Jahr und Gerät. Da die Anschaffung einer intelligenten Waschmaschine, eines Trockners und Geschirrspülers einschließlich der notwendigen Digitalbox für die Steuerung rund 500 Euro Mehrkosten verursacht, lohnt sich die Anschaffung nur bei großen Preisunterschieden für die einzelnen Stromtarife.

Andere Hausgeräte-Anbieter zeigen sich noch zurückhaltend. Bosch-Siemens erprobt noch Pilotprojekte, hält die möglichen Einsparungen bei den Stromtarifen aber noch für zu gering.



Die Kanzlerin auf Energie-Reise
Angela Merkel will ergründen, wie die künftige Stromversorgung aussehen könnte - die Branche wird ungeduldig.



Große Revolution beim Energiemix
 Zum Auftakt ihrer Energie-Reise stellt die Bundeskanzlerin die Stromerzeugung aus regenerativen Quellen in den Mittelpunkt.

Konzernen fehlen die Vorgaben für den

Es kostet mehr als 400 Milliarden Euro, die Leitungsnetze an die künftigen Erfordernisse der Stromerzeugung anzupassen. Doch so lange die Bundesregierung kein Energiekonzept vorlegt, scheuen die Konzerne vor Investitionen zurück.

Klaus Stratmann
 Berlin

Die Zahlen sind beeindruckend: Weil Strom künftig stärker dezentral erzeugt wird, müssen in den EU-Mitgliedstaaten nach Schätzungen der Brüssler Kommission in den kommenden Jahrzehnten 400 bis 450 Mrd. Euro in den Ausbau der Leitungsnetze investiert werden. Die Akteure - etwa Übertragungsnetzbetreiber und Stadtwerke - wissen derzeit noch nicht, was genau sie zu tun haben. Sie warten auf Signale der Politik - und werden langsam ungeduldig.

„Die Dimensionen, über die wir hier reden, hat in der Politik noch niemand auf dem Radarschirm“, sagte Stephan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur (Dena), dem Handelsblatt. Bereits vor fünf Jahren hatte die Dena, die zur Hälfte dem Bund, zur anderen Hälfte Banken und Versicherungen gehört, ihre erste Netzstudie vorgestellt. Sie kam zu dem Ergebnis, dass in Deutschland 850 Kilometer Übertragungsnetz neu gebaut werden müssen. Bislang sind davon nach Angaben Kohlers gerade einmal 200 Kilometer realisiert.

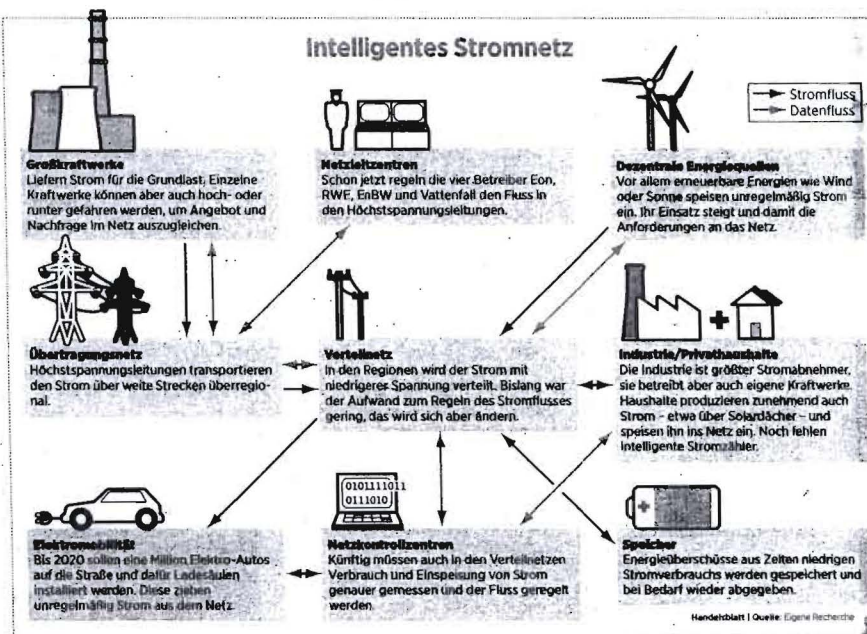
Doch die erste Dena-Netzstudie bietet nur einen Vorgeschmack auf

das, was der Energiewirtschaft bevorsteht. Seit 2005 hat sich die Welt der Stromerzeugung stark gewandelt. Die Anforderungen an den Netzausbau sind dramatisch gestiegen. Mit Spannung wartet die Energiewirtschaft auf eine neue Netzstudie der Dena, die im Herbst vorliegen soll.

Hauptgrund für die Notwendigkeit des Netzausbau ist der große Erfolg der erneuerbaren Energien, mit denen mittlerweile 16 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms erzeugt werden - Tendenz stark steigend. Nach den Vorstellungen des Umweltministeriums könnte der Anteil bis 2020 auf gut 38 Prozent steigen. Doch wie kommt der Strom, der in vielen kleinen Windkraft- oder Solaranlagen produziert wird, zur Steckdose des Verbrauchers?

Weniger „Stromautobahnen“

Bis vor kurzem verteilten Höchstspannungsnetze, die „Stromautobahnen“, den Strom von vergleichsweise wenigen Großkraftwerken in die Verbrauchszentren. Über die Mittelspannungsebene, die „Landstraßen“ der Stromverteilung, und die Verteilnetze gelangte der Strom bis zum Endverbraucher. Künftig wird alles wesentlich komplizierter.



Viele kleine Stromerzeugungsanlagen müssen in die Netze integriert werden. Außerdem verlagert sich ein wachsender Teil der Stromerzeugung mit dem Ausbau der Windkraft in den Norden und Nordosten des Landes und vor die Küsten. Der dort produzierte Strom muss in Richtung Süden und Westen abfließen.

Noch schwerer wiegt, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen stark schwankt. Mal überschwemmen Wind und Sonne die Netze mit Strom, mal herrscht Flaute oder Bewölkung. Es müssen blitzschnell konventionelle Kraftwerke zugeschaltet werden, um die Stabilität des Netzes zu gewährleisten. Außerdem werden künftig

Stromspeicher eine größere Rolle spielen, auf die ebenfalls zurückgegriffen werden kann, wenn die erneuerbaren Energien nur wenig Strom produzieren.

„Die technische Systemintegration der Erneuerbaren ist eine enorme Herausforderung an die Netze“, sagt Dena-Geschäftsführer Kohler. Probleme tauchten nicht

Windparks auf See: Geeignete Häfen fehlen

Klaus Stratmann
 Berlin

Die Bundesregierung setzt große Hoffnungen in den Ausbau der Windkraft auf hoher See. In der Praxis jedoch scheitern die kühnen Pläne oft an ganz banalen Hürden. So sind die dringend benötigten Hafenkapazitäten in Deutschland sehr gering. Katherina Reiche, parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium, macht sich deshalb für einen „Masterplan Offshore-Hafeninfrastruktur“ stark. In dem Plan sollen sich Bund, Länder, Kommunen und Unternehmen auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen.

Bedingungen nicht ideal

Die Windparks auf hoher See gehören zu den wichtigen Bestandteilen des Umbaus der Energieerzeugung. Nach den Vorstellungen der Regierung sollen bis 2030 in Deutschland Offshore-Windparks mit einer Kapazität von 25 000 Megawatt (MW) installiert sein. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg: Mit „Alpha Ventus“ ist erst ein Projekt fertiggestellt. Die installierte Leistung der zwölf Wind-

räder dort beträgt 60 MW. Um das Ausbauziel bis 2030 zu erreichen, ist ab heute eine jährliche Zubaurate von bis zu 1 500 MW erforderlich. Das entspricht der Installation einer Windturbine pro Tag während der Schönwetter-Saison - ein ehrgeiziges Vorhaben.

„Die Verfügbarkeit von Häfen und einer geeigneten Hafeninfrastruktur können zu einem Bremsklotz für den weiteren Ausbau der Offshore-Windenergie werden“, schreibt Reiche in einem Positionspapier, das dem Handelsblatt vorliegt. Reiche verweist auf „Alpha Ventus“: Beim Bau des Windparks musste auf einen niederländischen Hafen ausgewichen werden.

Lediglich die Niederlande verfügen über sechs geeignete Häfen, die bereits für deutsche oder englische Offshore-Projekte genutzt werden. Da auch andere Länder ehrgeizige Ausbauziele verfolgen, ist nach

Überzeugung Reiches absehbar, dass „ein Ausweichen auf ausländische Häfen nur begrenzt möglich sein wird, da sie entweder zu weit entfernt oder durch andere Aktivitäten bereits stark ausgelastet sind“.

Die Branche teilt die Sorgen. Die Hafenkapazitäten seien „ein Faktor, der für den Ausbau der Offshore-Windenergie in Deutschland weiter verbessert werden muss“, sagt Frank Mastiaux, Chef von Eon-Climate and Renewables. Ein weiteres Problem sieht er „in der noch schleppenden Erstellung der Offshore-Netzanschlüsse“.

Ohnehin sind die Bedingungen in Deutschland nicht ideal. Aus Gründen des Umweltschutzes müssen die Räder weit vom Festland entfernt in großen Wassertiefen aufgebaut werden. „Technische Lösungen befinden sich erst in der Entwicklung“, sagt Mastiaux.



„Die Verfügbarkeit von Häfen kann zum Bremsklotz für die Offshore-Windkraft werden.“

Katherina Reiche
 Bundesumweltministerin

Erneuerbare Energien: Merkel will Ausbau vorantreiben

Daniel Goffart
 Rostock

Zum Auftakt ihrer Energie-Reise hat Bundeskanzlerin Angela Merkel gestern die Stromerzeugung aus regenerativen Quellen in den Mittelpunkt gestellt. „Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien einleiten“, sagte Merkel bei einem Besuch im Windpark im Böggernde in Mecklenburg-Vorpommern. Die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien werde Schritt für Schritt erfolgen. Allerdings müssten „in einem Industrieland wie Deutschland die Strompreise wirtschaftlich bleiben“, betonte die Kanzlerin. Mit Blick auf die anstehenden Entscheidungen zum Energiekonzept der Bundesregierung machte sie klar, dass man als „Brücke“ noch Kernenergie sowie Kohle und Gas benötige.

Merkel bezeichnete das rasche Wachstum der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren als Revolution. Inzwischen stammen 16,3 Prozent des erzeugten Stroms aus

regenerativen Quellen. Im Jahr 2020 sollen es knapp 40 Prozent werden. Mit einem Anteil von heute 41 Prozent liegt die Windkraft im Segment der erneuerbaren Energien weit vor der Photovoltaik oder der Wasserkraft. Merkel versprach, die notwendigen Anreize zu setzen, damit vor allem die Windkraft weiter wachsen könne.

Investitionsanreize für Ausbau

Beim Besuch des Windanlagenherstellers Nordex SE in Rostock forderte die Kanzlerin die Energiewirtschaft auf, entsprechende Netzkapazitäten aufzubauen, um die vorwiegend im Norden erzeugte Windkraftenergie besser zu den industriellen Kunden im Süden zu bringen. Dabei spielt die Netzregulierung als Investitionsanreiz für den Aufbau der entsprechenden Infrastruktur eine wichtige Rolle. Die Kanzlerin sprach darüber gestern unter anderem mit dem Präsidenten der Regulierungsbehörde, Matthias Kurth, der eigens nach Rostock gekommen war.



Großer Umbau der Netze
Netzbetreiber und Stadtwerke wissen derzeit noch nicht, was genau auf sie zukommt. Sie warten auf Signale der Politik.



Große Unsicherheit bei Kernkraft
Verfassungsrechtler liefern den Gegnern von längeren Laufzeiten für Kernkraftwerke neue Argumente.

Netzausbau



Hochspannungsmast und RWE-Kraftwerk bei Köln: Künftig wird alles komplizierter.

lerdings kritisiert die Energiewirtschaft, es mangle an eindeutigen Vorgaben. Das betrifft etwa die Definition klarer Ziele: Solange über die künftige Rolle bestimmter Erzeugungsformen - etwa der Kernkraft - gestritten wird, lassen sich wichtige Fragen des Netzausbaus nicht klären.

Stiegende Kosten für Verbraucher

Außerdem geht es um die Regulierung der Netze. „Die bestehenden regulatorischen Systeme müssen Rahmenbedingungen setzen, die den notwendigen Umbau der Netze unterstützen und fördern“, sagt Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU). Er mahnt für den Umbau der Netze einen „investitionsfreundlichen Rahmen“ an. Allein auf der Ebene der Verteilnetze, die zum größten Teil in die Verantwortung der vom VKU repräsentierten Stadtwerke fallen, sind nach Becks Angaben Investitionen im zweistelligen Milliardenbereich erforderlich.

Zu bezahlen haben das alles die Verbraucher. Schon jetzt machen die Netzkosten ein Drittel des Strompreises aus. In Zukunft dürfte dieser Anteil eher wachsen.

H Ein Spezial zum Strommarkt handelsblatt.com/stram

erst in ferner Zukunft auf. Allein der jetzt schon zu verzeichnende Ausbau bei Photovoltaikanlagen macht den Netzen zu schaffen. „Die Netze können schon jetzt mit der Entwicklung kaum mehr Schritt halten“, sagt Kohler. „Dabei stehen wir erst am Beginn einer Entwicklung.“ Grundsätzlich erkennt auch die Politik die Herausforderungen. Al-

Kernkraft: Länder haften länger

Klaus Stratmann
Berlin

Verfassungsrechtler liefern den Gegnern von längeren Laufzeiten für Kernkraftwerke neue Argumente. Aus Sicht der Juristen erhöhen sich die Haftungsrisiken für die Bundesländer durch eine Laufzeitverlängerung erheblich. Eine Verlängerung ohne Zustimmung des Bundesrates ist aus ihrer Sicht daher schwer vorstellbar.

„Die Frage der Staatshaftung hat in der bisherigen Diskussion keine Rolle gespielt, obwohl dieser Aspekt bedeutsam ist“, sagte der Berliner Verfassungsrechtler Christian Pestalozza dem Handelsblatt. Es liege die Annahme nahe, dass sich durch längere Laufzeiten die Haftungsbedingungen wesentlich änderten, was bei einer Laufzeitverlängerung die Zustimmungspflicht der Länder auslöse, sagte der Verfassungsrechtler. Gestützt wird die Sichtweise durch ein Gutachten der auf Energierecht spezialisierten Kanzlei Gaßner, Groth und Siederer, das dem Handelsblatt vorliegt.

Monatelanger Streit

Seit Monaten streiten Befürworter und Gegner längerer Laufzeiten über die Frage der Zustimmungspflicht der Länderkammer. Gegner einer Laufzeitverlängerung argumentieren, bei längeren Laufzeiten werde die Verwaltung der Länder bei der Atomaufsicht in Form der Bundesauftragsverwaltung weiter in Anspruch genommen. Das allein mache die Laufzeitverlängerung zustimmungspflichtig. Aus Sicht der Befürworter längerer Laufzeiten ist die Belastung für die Länder so unwesent-

lich, dass die Länderkammer kein grünes Licht geben muss. Außerdem verweisen sie darauf, auch der Ausstiegsbeschluss sei ohne Beteiligung der Länder gefallen. Aus Sicht der Bundesregierung ist zumindest eine „moderate“ Laufzeitverlängerung für die Länder so wenig belastend, dass sie ohne Zutun der Länder beschlossen werden könnte.

Das Atomgesetz schreibt vor, dass im Haftungsfall zunächst die Anlageninhaber bis zu einem Betrag von 2,5 Mrd. Euro zur Kasse gebeten werden. In einem zweiten Schritt stehen Bund und Länder für 500 Mio. Euro gerade, wovon der Bund 375 Mio. Euro übernimmt, das betroffene Land 125 Mio. Euro.

Höhere „Einstandspflicht“

An dieser Stelle setzen die Juristen an: Aus einer Laufzeitverlängerung ergebe sich „eine drastische Ausweitung der Einstandspflicht der Länder“ für Schadensereignisse, heißt es in dem Gutachten der Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer. Die Länder müssten für weitere Jahre mit dem Risiko leben, mit 125 Mio. Euro in Anspruch genommen zu werden. Aus Sicht der Autoren Hartmut Gaßner und Jens-Erik Kendzia betrifft diese Ausweitung der Einstandspflicht nicht nur den zeitlichen Aspekt: „Nach längerem Betrieb nehmen Verschleiß- und Ermüdungsausfälle zu, zum Beispiel infolge von Korrosion, Versprödung oder Materialermüdung“, schreiben sie. Das Haftungsrisiko der Länder werde daher auch sicherheitstechnisch erhöht.

In dem Gutachten heißt es, eine Laufzeitverlängerung um vier Jahre erhöhe das Haftungsrisiko um 70 Prozent, eine Verlängerung um zehn Jahre um 180 Prozent. „Für das Land Hessen mit den beiden Atomkraftwerken Biblis A und Biblis B beträgt die entsprechend berechnete Risikohöherung sogar rund 370 beziehungsweise 920 Prozent“, heißt es in dem Gutachten weiter. Biblis A und Biblis B gehören zu ältesten deutschen Reaktoren.

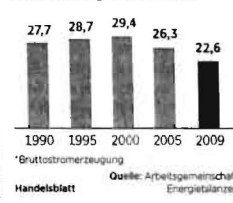
LAUFZEITVERLÄNGERUNG

Moderat Nach Ansicht der Bundesregierung ist eine „moderate“ Laufzeitverlängerung ohne Bundesratsbeteiligung möglich. Was moderat bedeuten könnte, klären Innen- und Justizressort. In Regierungskreisen heißt es, man werde sich auf einen Wert von zehn Jahren verständigen.

Entscheidend Mit der Frage der Zustimmungspflicht steht und fällt die Verlängerung. Seit den NRW-Wahlen gibt es im Bundesrat keine schwarz-gelbe Mehrheit mehr. Sollte der Bundesrat eingeschaltet werden müssen, dürfte das Projekt scheitern.

Atomkraft

Anteil am Energiemix in Prozent*



7. Handelsblatt Konferenz „Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie.“
5. und 6. Oktober 2010, Pullman Berlin Schweizerhof

Bundeswehr unter Reformdruck

Diskutieren Sie die Konsequenzen mit Führungskräften aus BMVg, Bundeswehr und Industrie.

Eröffnungs-Keynote:



Karl-Theodor zu Guttenberg, Bundesminister der Verteidigung



General Volker Wierker, Bundesminister der Verteidigung

Besuchen Sie uns im Internet:
www.defence-conference.com
Weitere Informationen unter: 0211 96 86 - 35 67

Handelsblatt

Substanz entscheidet

Handelsblatt Veranstaltungen

Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie

- Ich nehme am 5. und 6. Oktober 2010 in Berlin teil zum Preis von € 299,- zzgl. MwSt. p.P. (P12003501012)
- Sollten sich die Vertreter des Militärs, der Ministerien, der Politik und des diplomatischen Dienstes € 299,- zzgl. MwSt. p.P.
- Bitte senden Sie mir unverbindlich das Konferenzprogramm zu.
- Ich interessiere mich für Anmelde- und Sponsoringmöglichkeiten.

Bitte faxen Sie uns: 0211 96 86 - 4567
oder rufen Sie uns an: 0211 96 86 - 35 67

Name _____
Firma _____
Anschrift _____
Telefon _____
E-Mail _____
Datum _____ Unterschrift _____

oder einsteigen im EUROFORUM Deutschland SE,
Helm-Richter, Postfach 11 17 34, 40522 Düsseldorf
E-Mail: werbung@euroforum.de